60plus aktuell

Informationen der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Seniorinnen und Senioren (SPD 60plus) Baden-Württemberg

Nr. 01/2009

Liebe Genossinnen und Genossen,

mit dieser Ausgabe des „60plus aktuell“ informieren wir Euch über Veranstaltungen und Aktivitäten der SPD 60 plus Baden-Württemberg.

Vieles gibt es zu berichten seit das letzte Heft erschienen ist. Da waren der Neujahrsempfang im Februar, die Fachkonferenz zum Thema Rente im Mai, die zu einem Positionspapier des Landesvorstands der SPD 60 plus geführt hat, sowie die Landesdelegiertenkonferenz im Juni in Karlsruhe, auf der Konstanze Wegner nicht mehr kandidierte und ich zum neuen Landesvorsitzenden der SPD 60 plus gewählt wurde.

Wechsel im Landesvorsitz der SPD 60 plus: Konstanze Wegner übergibt an Lothar Binding

An dieser Stelle möchte ich mich sehr herzlich bei Konstanze und ihrem bisherigen Vorstand bedanken. Ihr Einsatz für die SPD 60 plus, ihr Einsatz für unsere Partei, unsere Werte und Ziele, ihr Einfühlungsvermögen und ihr politischer Feinsinn haben uns viel gegeben. Sechs Jahre lang war sie Landesvorsitzende und hat teamorientiert in dieser Zeit viel bewegt, ihre Arbeit reicht weit in die Zukunft. Ihre politischen Ideen und Aktivitäten haben Partei und Parlamente aufgegriffen. Konstanze würde diesen Dank sogleich an ihr Team weiter reichen... allen die sich bisher ungewöhnlich stark engagiert haben, möchte ich im Namen des neuen Vorstandes danken.

Da waren aber auch die Europa- und Kommunalwahl, die für die SPD nicht so erfolgreich waren, wie wir uns das alle gewünscht hätten. Umso mehr gilt es nun, den Blick nach vorne zu richten. Wir arbeiten dafür, die Wählerinnen und Wählern für unsere sozialdemokratischen Werte und Positionen zu begeistern. Die SPD 60 plus wird sich daran mit freundlicher Ausstrahlung beteiligen und die Bewerberinnen und Bewerber für die Bundestagswahl nach Kräften unterstützen. Schwierige Kompromisse und Fehler der Vergangenheit gestehen wir ein; unser Blick ist allerdings nach vorne gerichtet, denn unsere Arbeit orientiert sich an Zielen - und die liegen in der Zukunft:

- stabile, leistungsfähige Sozialsysteme in der Alterssicherung, der Gesundheits- und Pflegeversorgung;
- eine friedliche, sozial gerechte Gesellschaft, in der Bildungschancen gleich verteilt sind und Arbeit gut entlohnt wird;
- eine Wirtschaft- und Finanzmarktordnung im Dienste der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer;
- ein gerechteres und einfacheres Steuersystem.

Durch interessante Veranstaltungsangebote und intensive Unterstützung der Kandidatinnen und Kandidaten möchten wir die Wahlbeteiligung deutlich steigern. Die vorangegan-

weiter auf Seite 2

TERMINE

08./09.08.09	Bundeskonferenz SPD 60 plus, Erfurt
16.09.09	60 plus-Landesvorstand, Stuttgart
27.09.09	*Bundestagswahl*
13.-15.11.09	*SPD-Bundesparteitag, Dresden*
27./28.11.09	*SPD-Landesparteitag, Karlsruhe*

INHALT

Vorwort	SEITE 1-2
Termine	SEITE 1
Landeskonferenz	SEITE 2-4
Fachkonferenz Rente	SEITE 5
Positionspapier Rente	SEITE 5
Neujahrsempfang	SEITE 6
Aus den Kreisen	SEITE 6-8
Gelbe Karte	SEITE 8

Fortsetzung von Seite 1

genen Wahlen haben gezeigt, dass es insbesondere ältere Menschen sind, die Wahlen entscheiden – und wie wichtig es ist, dass sie zur Wahl gehen.

Ich bitte Euch, unseren Bewerberinnen und Bewerbern für den Bundestag im Wahlkampf engagiert zu helfen - mit Tat und Rat.

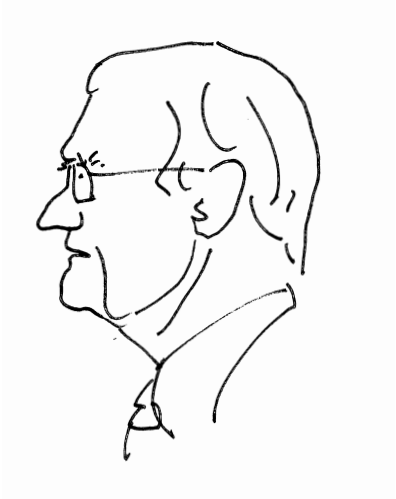
Gemeinsam werden wir es schaffen, Schwarz-Gelb zu verhindern!

Neben den Berichten über die bereits erwähnten Veranstaltungen enthält diese heutige Ausgabe das Positionspapier zur Rente sowie die Wahlergebnisse der Landesdelegiertenkonferenz.

Ich freue mich auf die neue Aufgabe und die Zusammenarbeit mit Euch

Euer Lothar Binding

Lothar Binding MdB
Landesvorsitzender SPD 60 plus



IN EIGENER SACHE

Gerne veröffentlichen wir Beiträge aus den Kreisverbänden. Wer z.B. über eine interessante Veranstaltung berichten möchte, kann sein Manuskript - möglichst mit Bild - an gudrun.igel-mann@spd.de mailen oder per Post an SPD-Landesverband Baden-Württemberg, Postfach 10 42 63, 70037 Stuttgart schicken.

LANDESDELEGIERTENKONFERENZ

REDE VON KONSTANZE WEGNER

Liebe Genossinnen und Genossen,

Auf der Tagesordnung steht jetzt der sogenannte Rechenschaftsbericht. Ein solcher Rechenschaftsbericht über die Aktivitäten der SPD 60 plus Baden-Württemberg in den letzten zwei Jahren liegt schriftlich vor, ich möchte deshalb nicht mehr auf Einzelheiten eingehen, die man dort nachlesen kann, sondern etwas zu drei Themen sagen, die mir heute wichtig sind.

ERSTENS : ZUR GEGENWÄRTIGEN SITUATION DER SPD

Die Situation der SPD ist zurzeit offenkundig schwierig. Sie ist eingeklemmt zwischen einer hemmungslos populistischen Linkspartei und einer CDU, von der sie inhaltlich vieles trennt, mit der sie sich aber im Bund in einer Koalition befindet. Das alles unter einer Kanzlerin, die eine Meisterin des Lavierens und der inhaltlichen Unbestimmtheit ist, deren Hauptziel aber klar ist: ihr persönlicher Machterhalt. Der ist Frau Merkel wichtiger als die Lösung der akuten Sachprobleme, hierin ist sie ganz Helmut Kohls Schülerin.

Aber auch die SPD laviert leider viel zu oft, darüber schwindet ihr politisches Profil, und bei den Wählern, aber auch bei der Parteibasis macht sich Unsicherheit breit über den Standort und Richtung der Partei. Das konnte ich bei zahlreichen Diskussionen im Land wahrnehmen. Natürlich gibt es kein Geheimrezept, das aus dieser schwierigen Lage herausführen würde, aber viele wünschen sich, so auch ich, von den Verantwortlichen der Partei mehr Mut, mehr inhaltliche Klarheit und mehr Ehrlichkeit. Ich will das mit drei Beispielen begründen.

MEHR MUT:
Wir haben zurzeit eine tief greifende Wirtschafts- und Finanzkrise, die enorme Löcher in die öffentlichen Haushalte reißt und die Verschuldung des Staates zu Lasten künftiger Generationen dramatisch erhöht. Jetzt wäre der Augenblick, einen Beitrag der hohen Einkommen, die es in unserem Land reichlich gibt, zu verlangen – vielleicht begeleitet von einem Appell an den Patriotismus dieser einkommensstarken Schicht - und den Spitzensteuersatz, den die Rotgrüne Regierung von 53% zu Kohls Zeiten auf 42% gesenkt hat, kräftig zu erhöhen. Das brächte zweistellige Milliardenbeträge in die öffentlichen Kassen. Doch dazu fehlt der SPD der Mut, lieber beschließt sie eine nach Klassenkampf klingende sogenannte „Reichensteuer“, die, wenn sie denn überhaupt gezahlt wird, lächerliche zwei Milliarden bringen würde.

MEHR KLARHEIT:
Ich wünsche mir für den kommenden Bundeswahlkampf eine Konzentration auf die wichtigsten politischen Forderungen und damit Klarheit, was von einer sozialdemokratisch geführten Regierung zu erwarten ist. Statt einen ganzen Bauchladen von guten Dingen anzubieten, sollten wir uns im Wahlkampf auf die wichtigsten Forderungen beschränken, diese aber wieder und wieder betonen, damit die Wähler sie wirklich mit sozialdemokratischer Politik verbinden. Aus meiner Sicht sind das: Bildungschancen für alle von der Kita bis zur Weiterbildung für Ältere, gerechte Steuerpolitik, Mindestlöhne und Umweltschutz. Ich bin fest davon überzeugt, dass es für diese Forderungen eine Mehrheit in der Bevölkerung gibt. Im Grunde gäbe es diese Mehrheit auch im Parlament, wären die linken Parteien nicht untereinander zerstritten wie so oft in der deutschen Parteiengeschichte.

weiter auf Seite 3

Fortsetzung von Seite 2

MEHR EHRLICHKEIT:
In einer Koalition muss man Kompromisse eingehen, das ist klar, keine Partei kann ihre Sicht der Dinge dort lupenrein durchsetzen. Es hat sich aber in der Präsentation von Politik generell eine Unkultur der Schönrednerei breit gemacht, bei der auch miese Kompromisse noch als Erfolg verkauft werden. Es würde die Glaubwürdigkeit der Politik erheblich steigern, wenn ein Generalsekretär mal sagen würde: „Dieses Projekt ist uns nicht so gut gelungen“ oder noch deutlicher „Das ist leider in die Hose gegangen“.

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
Um die Zukunft mitzugestalten, muss die SPD die Jugend gewinnen. Wir von der SPD 60 plus wollen deshalb auch keine egoistische Interessenpolitik für Ältere betreiben, sondern wir versuchen, Generationen übergreifend zu denken und zu handeln. Deshalb arbeiten wir vor Ort, wo immer es geht, mit den Jusos zusammen. Wir sind keine Lobby- Gruppe, sondern fühlen uns für die Gesellschaft insgesamt mitverantwortlich.

ZWEITENS: ZUR GEGENWÄRTIGEN SITUATION DER ARBEITSGEMEINSCHAFT 60 PLUS

Seit sechs Jahren bin ich Landesvorsitzende der SPD 60 plus, die ich Anfang der neunziger Jahre in Bund und Land mit begründet habe, und seit vier Jahren Mitglied des Bundesvorstands. Zu Ende meiner Amtszeit stellt sich die Frage: Was haben wir vom Landes- und Bundesvorstand der AG erreicht, was haben wir nicht erreicht, welche Ziele haben wir für die weitere Arbeit? Einerseits kann sich unsere Bilanz durchaus sehen lassen: Wir haben hier in Baden-Württemberg interessante Fachkonferenzen zu Themen wie Steuer, Gesundheit, Leben und Wohnen im Alter, Rente veranstaltet (Verweis auf unser Papier zu Rente), unsere Neujahrsempfänge waren mit jeweils hochkarätigen Referentinnen und Referenten stets gut besuchte Treffpunkte für die Mitglieder der SPD 60 plus aus ganz Baden-Württemberg.

Wir haben Beiträge für die Partei- und Wahlprogramme der SPD in Land und Bund erarbeitet sowie Anträge für den Bundeskongress 60 plus wie z. B. zur Bahnreform, die in der Regel angenommen wurden. Ich habe im Bundesvorstand den Arbeitskreis „Politische Partizipation“ angeregt und dort mitgearbeitet. Der Stellvertretende Landesvorsitzende Dietmar Braun und ich haben im ganzen Land bei Kreisverbänden von 60 plus zu gesundheitspolitischen, seniorenpolitischen und historischen Themen referiert und konnten in den anschließenden Diskussionen vielleicht ein wenig zur Stabilisierung politisch verunsicherter Genossinnen und Genossen in einer für die Gesamtpartei schwierigen Situation beitragen.

Trotz allen Fleißes und aller Aktivitäten des Landes- und Bundesvorstands von 60 plus besteht kein Anlass zur Zufriedenheit. Das Haupthindernis für unsere Arbeit in Land und Bund liegt darin – und jetzt zitiere ich aus meinem Rechenschaftsbericht – „dass es der SPD 60 plus im Bund und auch im Land so gut wie nicht möglich ist, ihre Arbeit in der Presse deutlich zu machen. In der überregionalen Presse werden die Aktivitäten und Stellungnahmen der SPD 60 plus grundsätzlich ignoriert, es sei denn, sie enthalten Kritisches über die Mutterpartei SPD. Auch in der regionalen Presse findet die SPD 60 plus kaum Möglichkeiten zur Darstellung. Damit wird die Zielgruppenarbeit für die Wahlen entscheidende Gruppe der Älteren, welche die SPD 60 plus in der Tat leistet, in dem wichtigen Medium der Presse verhindert, auch das Internet bietet dafür keinen ausreichenden Ersatz.“ Die Mutterpartei SPD müsste uns hier unterstützen, denn wir sind keine Konkurrenz, sondern Bestandteil der Partei!

Aber diese Mutterpartei SPD erkennt den Älteren bisher nicht **die** Bedeutung zu, die sie angesichts der Tatsache haben müssten, dass sie die größte Arbeitsgemeinschaft der Partei bilden, dass sie Zielgruppenarbeit leisten sollen im Hinblick auf die ältere Bevölkerung, die nun mal die größte Wählergruppe bildet und damit Wahlen entscheidet. Die SPD 60 plus wird als Wahlkampftruppe von den Parteioberen vor allem vor Wahlen geschätzt und gelobt, in den beschließenden Gremien der Partei und in den Parlamenten sind die Älteren jedoch krass unterrepräsentiert. Die Partei kommt mir vor wie eine alternde Diva, die sich ihres Alters schämt, das heißt, sie verdrängt die Tatsache, dass die Hälfte ihrer Mitglieder über 60 Jahre alt ist!

Ich bitte jedenfalls meinen Nachfolger Lothar Binding, die bundesweit gestartete Initiative der SPD 60 plus weiter zu führen, bei der nach dem Vorbild der bayerischen Landessatzung die vier großen Arbeitsgemeinschaften 60 plus, ASF, Jusos, AfA stimmberechtigt in den Vorständen der Partei auf allen Ebenen vertreten sein müssen. Ferner sollten wir weiterhin versuchen, bei Wahlen sachkundige Ältere - seien es nun SPD-Mitglieder oder der Partei nahe stehende Persönlichkeiten – für eine Kandidatur zu den Parlamenten der verschiedenen Ebenen zu gewinnen. Die Partei kann davon nur profitieren, in meiner Heimatstadt Mannheim haben wir damit gute Erfahrungen gemacht. Wir Älteren sind nämlich nicht alle alt, arm und krank, wie es manche Vertreter der Sozialverbände darstellen, noch sind wir Schmarotzer, die auf Kosten der Jungen leben, wie man es in einigen Presseorganen, z. B im „Stern“ zuweilen lesen kann. Viele Ältere haben ein hohes Maß an Sachkenntnis und Erfahrung – ich denke hier z.B an den Senioren-Experten-Service – ihnen sollte die Möglichkeit gegeben werden, diese Kenntnisse nicht nur in Ehrenämter, sondern auch in beschlie-

ßende politische Gremien einzubringen, um damit nicht nur mit zu beraten, sondern auch mit bestimmen zu können.

DRITTENS: DANK

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
Ich war 34 Jahre lang in verschiedenen Ämtern auf kommunaler, Landes- und Bundesebene tätig, davon die letzten sechs Jahre als Landesvorsitzende von 60 plus. Auch wenn ich in diesem langen Zeitraum die eigene Partei häufig kritisch betrachtet habe – mal zu Recht, mal zu Unrecht – habe ich mich doch immer in der SPD zu Hause gefühlt. Sie hat meinem Leben Inhalt und Richtung gegeben, und dafür bin ich ihr dankbar. Die Arbeit im Landesvorstand und in den Kreisverbänden von 60 plus hat mir Freude gemacht, denn es ist etwas ganz Besonderes, mit toleranten, an Erfahrung reichen und nicht mehr auf die eigene Karriere fixierten Männern und Frauen zusammen arbeiten zu dürfen.

Mein Dank geht an die Landesvorsitzende Ute Vogt, die unsere Arbeit im Rahmen ihrer Möglichkeiten immer unterstützt hat, desgleichen an die Landtagsfraktion, hier vor allem an Katrin Altpeter, unser kooptiertes Mitglied, und an Claus Schmiedel. Ein ganz besonderer Dank geht an Gudrun Igel-Mann und vorher Inge Volle Markus von der Landesgeschäftsstelle, ohne diese beiden wäre unsere Arbeit nicht möglich gewesen.

Ich verabschiede mich von dem Vorsitz der SPD 60 plus in der Überzeugung, dass die Arbeitsgemeinschaft mit Lothar Binding einen hochkompetenten, integeren und arbeitsfreudigen Vorsitzenden erhalten wird. Ich wünsche ihm und dem neu zu wählenden Landesvorstand alles Gute und sage fröhlich „Auf Wiedersehen“, denn noch bin ich ja nicht tot!

PRESSEMITTEILUNG

Auf der Landesdelegiertenkonferenz der SPD 60 plus Baden-Württemberg am Samstag, 20. Juni 2009, in Karlsruhe wurde Lothar Binding zum neuen Landesvorsitzenden gewählt. Der Heidelberger Bundestagsabgeordnete tritt die Nachfolge von Konstanze Wegner an, die nicht mehr kandidiert hatte. Stellvertreter sind Dietmar Braun (Lörrach) und Marga Elser (Ostalb).

“Raus aus dem Schneckenhaus“, forderte der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Claus Schmiedel MdL, seine Parteigenossen in seiner Rede auf. Bei zahlreichen Themen im Land habe die SPD breite Unterstützung in der Gesellschaft. Es gelte, die Menschen mit ihren Problemen abzuholen.

Konstanze Wegner, die die SPD 60 plus sechs Jahre lang geführt hatte, rief in ihrer Abschiedsrede die Partei zu „mehr Mut, mehr Klarheit, mehr Ehrlichkeit“ auf. Sie sprach sich für eine drastische Anhebung des Spitzensteuersatzes aus. Für die Bundestagswahl solle sich die SPD auf wenige zentrale Themen beschränken.

Die Delegierten beschlossen mit großer Mehrheit, keine Steuermittel für Unternehmen in selbstverschuldeter Krise einzusetzen, solange nicht die Privatvermögen der Verursacher herangezogen werden. Im Rahmen der Gewaltprävention forderten sie, die getrennte Aufbewahrung von Waffen und Munition bei Sportschützen sowie die Bereitstellung von Schulsozialarbeit in jeder Schule. Die Deutsche Bahn soll verpflichtet werden, alle Bahnhöfe barrierefrei zu gestalten.

Weitere Mitglieder des neugewählten Landesvorstandes sind Heinz Aldinger, Angelika Barth, Sieghart Brenner, Roland Helber, Bärbel Jung, Katja Klepser, Hans Lambacher, Dieter Laux, Christel Masseck, Rose Riedl, Hansjörg Seeh und Peter Steinhilber.

WAHLERGEBNISSE

Landesvorstand:

Vorsitzender:	Binding, Lothar
Stellvertreter:	Braun, Dietmar
	Elser, Marga

Beisitzer/innen:

Aldinger, Heinz	Barth, Angelika
Brenner, Sieghart	Helber, Roland
Jung, Bärbel	Klepser, Katja
Lambacher, Hans	Laux, Dieter
Masseck, Christel	Riedl, Rose
Seeh, Hansjörg	Steinhilber, Peter

Vertreter im Bundesausschuss:
Lothar Binding und Marga Elser

Stellvertreter:
Dietmar Braun und Christel Masseck

Antragskommission:
Helber, Roland
Masseck, Christel
Steinhilber, Peter

Delegierte zur Bundeskonferenz:
Barth, Angelika / Binding, Lothar / Braun, Dietmar / Brenner, Sieghart / Elser, Marga / Helber, Roland / Hertenstein, Dorothea / Jung, Bärbel / Keil, Ruth / Klepser, Katja / Laux, Dieter / Masseck, Christel / Merten, Renate / Riedl, Rose / Schäfer, Ulrich / Schickel, Anneliese / Steinhilber, Peter / Wegner, Konstanze

Ersatzdelegierte:
Cramer, Tabitha / Nemitz, Norbert / von Steht, Hannelore

FACHKONFERENZ

„Die Zukunft der Rentenversicherung. Was wollen wir ändern, was wollen wir bewahren?“ lautete der Titel einer Fachkonferenz der SPD 60 plus in Stuttgart. Es referierte Prof. Dr. Winfried Schmähl vom Zentrum für Sozialpolitik der Uni Bremen.

Die umlagefinanzierte gesetzliche Rentenversicherung hat sich seit Jahrzehnten bewährt. Allerdings stehen bedingt durch den demographischen Wandel und die wirtschaftliche Entwicklung immer weniger Beitragszahlern immer mehr Rentenempfänger gegenüber. Es müsse deshalb zunächst die Entscheidung getroffen werden, ob die gesetzliche Rente leistungs- oder beitragsorientiert sein soll. Betriebliche und private Vorsorge sollten als Ergänzung, nicht als Ersatz der gesetzlichen Rente dienen. Momentan entspricht das Sozialhilfeniveau einer Rentenanwartschaft von 25 Entgeltpunkten, Tendenz steigend. Dies finde keine Akzeptanz, habe keine politische Legitimation und untergrabe systematisch das Vertrauen in die gesetzliche Rente. Prof. Schmähl versteht die gesetzliche Rente als Lohnersatzleistung, die die Teilhabe von Rentnern an der Kaufkraft aufrecht erhält

Prof. Schmähl

Mit der Riester-Rente ging Prof. Schmähl hart ins Gericht. Sie sei ein schleichender Ausstieg aus der Umlagefinanzierung. Die Förderung sei am attraktivsten für Gutverdiener, während finanziell schwache Bevölkerungsgruppen, für die die Riester-Rente vorrangig gedacht war, die notwendigen Komplementärmittel nicht aufbringen können.

Im Hinblick auf die Rente mit 67 forderte Prof. Schmähl die Qualifizierung älterer Arbeitnehmer. Zur Entlastung der Rentenversicherung plädierte er dafür, z.B. die Hinterbliebenenrente aus Steuermitteln zu finanzieren.

Das Schweizer Modell, bei dem alle einzahlen, sei ein Umverteilungsmodell von oben nach unten und schütze besser vor Altersarmut.

Die Podiumsteilnehmer: v.l.:Dietmar Braun, Hansjörg Seeh, Prof. Schmähl, Konstanze Wegner, Ute Vogt

POSITIONSPAPIER

ZUR ZUKUNFT DER RENTENVERSICHERUNG

Das Thema „Rente“ betrifft die ältere und die jüngere Generation gleichermaßen. Die Beunruhigung über die Zukunft der Rente besteht trotz des Kabinettsbeschlusses, die Renten nicht zu kürzen, bei vielen Menschen weiterhin. Die Arbeitsgemeinschaft 60 plus der SPD Baden-Württemberg hat sich mehrfach mit dem Thema „Rente“ beschäftigt, zuletzt im Mai 2009 auf einer Fachkonferenz „ Die Zukunft der Rentenversicherung“. Handlungsbedarf sieht die SPD 60 plus vordringlich in folgenden Bereichen:

RIESTER-RENTE

Bei der Riester-Rente handelt es sich unserer Ansicht nach teilweise um eine Fehlsteuerung, weil gerade finanziell schwache Bevölkerungsgruppen, für die sie vorrangig gedacht war, die notwendigen Komplementärmittel nicht aufbringen können.

RENTE MIT 67

Um das Rentenalter von 67 Jahren, das auch wir im Kern für erforderlich halten, erreichen zu können, muss die Beschäftigungsfähigkeit der Menschen verbessert werden, insbesondere durch gesundheitsfördernde Maßnahmen in der Arbeitswelt. So lange diese nicht umgesetzt sind, wirkt sich die Rente mit 67 für viele Menschen als Kürzungsprogramm aus. Das lehnen wir ab.

ALTERSARMUT

Angesichts der Wirtschafts- und Finanzkrise und der steigenden Arbeitslosigkeit wird die Altersarmut zunehmen. Dieser Gefahr muss entschieden begegnet werden. Trotz aller Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wird im Bereich der Rente der Einsatz zusätzlicher Steuermittel erforderlich werden. Deshalb halten wir eine entsprechende Anhebung des Spitzensteuersatzes für unumgänglich. Wir sind überzeugt, dass dies der angemessene Beitrag der Einkommensstarken zur Bewältigung der Krise ist.

GIBT ES EINE ALTERNATIVE ZUM BESTEHENDEN RENTENSYSTEM?

Die SPD 60 plus Baden-Württemberg hat sich in den letzten Jahren wiederholt mit dem Schweizer System der Altersversorgung beschäftigt. Sie hält es für gerechter, weil alle einzahlen, weil es eine echte Umverteilung von oben nach unten gibt und weil es besser vor Altersarmut schützt. Wir sind der Auffassung, dass diese Form der Altersversorgung eine wünschenswerte Alternative zum bestehenden deutschen Rentensystem darstellt.

Landesvorstand SPD 60 plus Baden-Württemberg

NEUJAHRSEMPFANG

Die SPD 60 plus Baden-Württemberg hatte zu ihrem traditionellen Neujahrsempfang in den Kleinen Kursaal in Stuttgart-Bad Cannstatt eingeladen und viele, viele kamen. Rund 150 Seniorinnen und Senioren lauschten dem Gastredner Ivo Gönner, Oberbürgermeister von Ulm und Präsident des Städtetags Baden-Württemberg.

Mit seiner Rede „Kommune als Heimat" stimmte Ivo Gönner die Zuhörerinnen und Zuhörer auf die bevorstehenden Kommunalwahlen im Juni ein. Kommunalpolitiker stehen vor großen Herausforderungen, aber auch immensen Gestaltungsmöglichkeiten. Dazu zählen die Umsetzung europäischer Richtlinien auf kommunaler Ebene ebenso wie Stadtentwicklung im demographischen Wandel.

Ivo Gönner

Da Kommunen nur noch durch Zuzug wachsen, habe ein regelrechter Wettbewerb um Bürger eingesetzt, so der Ulmer OB. Erste Auswirkungen zeigen sich bereits in ländlichen Gebieten, wo Schulen und Kindergärten von der Schließung oder Zusammenlegung bedroht sind. Der direkte Kontakt mit Bürgerinnen und Bürgern ist Ivo Gönner wichtig und immer wieder aufs Neue spannend.

AUS DEN KREISEN

HEILBRONN:

ENDLICH ABSCHALTEN - BREITES BÜNDNIS FÜR ATOMAUSSTIEG
Zahlreiche Teilnehmer bei der großen Antiatomdemonstration

„ Abschalten" war das meistgebrauchte Wort beim Demonstrationszug und bei der Kundgebung am 4. Juli, ob beim Bahnhof Kirchheim, beim Marsch nach Neckarwestheim oder bei der Kundgebung vor den Atomkraftwerken. Auf zahlreiche Transparenten gemalt, in lautstarken Sprechchören skandiert und bei allen Reden häufig verwendet: „Abschalten - sofort, schnellstens, endlich!"

Eingeleitet wird die machtvolle Veranstaltung von der Musikgruppe „Geyers schwarzer Haufen" beim Bahnhof Kirchheim, wo sich später auch der Demonstrationszug aufstellt. Begrüßt werden die zahlreichen Teilnehmer (die Veranstalter zählen 1600) von den Spitzenkräften der Umweltverbände als Mitveranstalter. Neben Bürgerinitiative Mittlerer Neckar, Energiewende Heilbronn, BUND und Nabu sind auch die NaturFreunde unter diesen Sprechern, alle freuen sich über die große Resonanz am Thema Atomausstieg. Der Landtagsabgeordnete Nikolaos Sakellariou MdL beglückwünscht die Veranstalter zur gemeinsamen Mobilisierung und stellt die langjährige Befassung mit den Gefahren der Atomenergie sowie das Engagement für die erneuerbare Energien heraus. Wie alle Redner des Tages fordert auch er die Erfüllung des Ausstiegsvertrages durch die Energiewirtschaft und warnt vor einer Rückkehr ins Atomzeitalter bei einer schwarz-gelben Mehrheit am 27. September.

Der lange Demonstrationszug wird von einer Schalmeiengruppe angeführt und vor dem GKN (Atommeiler Neckarwestheim I und II) haben zahlreiche Verbände ihre Infostände aufgebaut. Aktivisten der Naturfreunde zeigen an einfachen Exponaten (Hohlspiegel, Sterlingmotor, Windrad) beispielhaft, wie Sonne und Wind als alternative Energieformen funktionieren, führen zahlreiche Fachgespräche und diskutieren mit Interessierten.

Die Kundgebung selbst wird moderiert und gesanglich umrahmt von Martin Unfried, einem Mitarbeiter der Berliner Tageszeitung (taz), seine humorigen und provokativen Beiträge lockern den „Redemarathon" wohltuend auf.

Die Stromrebellin aus Schönau, Ursula Sladek schildert u. a. den langen Weg ihres Lebenswerkes und die Widerstände der Energieriesen. Natürlich ruft sie auch zum Stromwechsel auf, um so die Allmacht der Atomlobby zu brechen. Schließlich wirbt sie für ein neues, noch größeres Projekt, „Energie in Bürgerhand", hat den Einstieg in die Demokratisierung und Dezentralisierung der Energieversorgung zum Ziel. Durch den Kauf von Anteilen kann man Miteigentümer von 90 Stadtwerken werden und damit den Atomausstieg beschleunigen. Der ehemalige Umweltminister Jürgen Trittin von den Grünen bezeichnet das GKN als „technisches Fossil", spricht von den 400 Störfällen seit Inbetriebnahme vor 33 Jahren und von der sinnlosen Aufheizung des Neckars durch zwei Drittel der erzeugten Energie in Form von Abwärme. Auch die ungelöste Endlagerung des Atomabfalls wird von Trittin thematisiert, den Umweltskandal in der Grube „Asse" und die Zwischenlagerung an den Atommeilerstandorten prangert er mit scharfen Worten an. Immer wieder wird er unterbrochen von Beifall und Sprechchören: „Abschalten, Abschalten"! So endet auch seine Rede mit dem eindringlichen Appell, den Ausstieg aus der gefährlichen und teuren Atomenergie wie gesetzlich vereinbart umzusetzen und damit die Energie-

wende zu ermöglichen. Nach Heike Henschel, und dem Bundesvorsitzenden der ÖDP, Prof. Buchner, tritt als letzter Redner der SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Hermann Scheer ans Mikrofon. Der hoch dekorierte Kämpfer für erneuerbare Energien (u. a. Alternativer Nobelpreis, Weltsolarpreis, Weltpreise für Bio- und Windenergie), ist gleichzeitig Präsident von Eurosolar, der europäischen Vereinigung für Erneuerbare Energie, diese will die Ablösung atomarer und fossiler Energien erreichen. Seine Ausführungen sind gespickt mit schlagkräftigen Argumenten gegen den Betrieb und die Betreiber der Atommeiler. Insbesondere die Sicherheitsmängel (z. B. terroristische Anschläge, Flugzeugabsturz...) der älteren Kraftwerke seien so gravierend, dass ein Weiterbetrieb unverantwortlich sei. Auch die Lügen der Atomlobby über den „Billigstrom“ und den „Klimaretter“ (CO_2-Minderung) werden von Scheer schonungslos widerlegt. Er zeigt auf, dass die Energieversorgung durch intelligente Einsparung und Ausbau, sowie Förderung von erneuerbaren Energien durchaus gesichert ist. Die restriktive Windanlagengenehmigung der südlichen Bundesländer Bayern, Baden-Württemberg und Hessen prangert er scharf an (Sachsen-Anhalt erzeugt ca. 25% der Energie mit Windkraft, Ba-Wü dagegen nur 0,5 % kommt. Ebenso hart geht Scheer mit den Befürwortern von neuen fossilen Großkraftwerken und den unterirdischen CO_2-Einlagerungsplänen ins Gericht, die Energiewende sei ohne diese „Megatechnologie“ möglich. Er fordert vehement dezentrale, beherrschbare, alternative und erneuerbare Energiequellen, dieses Ziel sei allerdings nur durch politischen Druck und Widerstand zu erreichen. Deshalb dürften auch CDU und FDP am 27. September keine Mehrheit bekommen, sonst beginne für die BRD ein neues „Atomzeitalter“. Für seine fulminante Rede erhält Hermann Scheer nicht nur einen langen Schlussapplaus, auch dazwischen gibt es spontan und reichlich Beifall.

v.l.: Jürgen Trittin, Hermann Scheer, Ursula Sladek

Schlussresümee: Insgesamt war die Veranstaltung eine kraftvolle Demonstration gegen die Laufzeitverlängerung von GKN I und für den raschen Atomausstieg. Die Medienresonanz war gut. Bleibt zu hoffen, dass die Menschen das Thema bei der Bundestagswahl entsprechend in ihre Wahlentscheidung einbeziehen und uns nicht nur vor neokonservativen Marktradikalen, liberalen Raubtierkapitalisten sondern auch vor den größenwahnsinnigen „Ausstiegsaussteigern“ bewahren.

Sieghart Brenner
Kreisvorsitzender SPD 60 plus Heilbronn-Land

STUTTGART:

„UNTER WASSER“

Gemeinsames Erleben stärkt den Zusammenhalt, fördert die Gespräche und die Kommunikation untereinander. Aus diesem Grund macht die ASS Stuttgart eine jährliche Exkursion. Dieses Jahr am 28. April, wieder toll organisiert von Anneliese Schickel, an den Bodensee nach Konstanz.

Im Hofbräu Bus - wir bedanken uns bei denen, die das ermöglicht haben - fuhren wir Richtung Bodensee. Schnell war das beherrschende Thema das Wetter. Es regnete, wie man zu sagen pflegt, in ein Loch.

Brigitte Leipold, Stadträtin in Konstanz seit langen Jahren , vielen von uns auch bekannt durch ihre früheren politischen Tätigkeiten auf Landesebene, bemühte sich redlich bei einem Spaziergang durch die Konstanzer Altstadt das Wissenswerte über die Stadt unter die tiefgehaltenen Regenschirme zu vermitteln. Soweit Kommunikation möglich war, haben wir Fragen gestellt und mit ihr diskutiert: Über die Wohnsituation für Alt und Jung, über das geplante Denkmal für Georg Elser, den Haushalt der Stadt, alles quer Beet.

Nicht alle haben alles mitgekriegt, und wir mussten uns ins Konzil zurückziehen. Weil ein Stückchen Felchen und der Seewein die Stimmung verbesserten,

weiter auf Seite 8

Fortsetzung von Seite 7

konnten wir „unter Wasser“ weitermachen. Ein Besuch im „Sealife“ war der Programmpunkt des Nachmittags. Eine Schau der Wasserbewohner vom Gebirgsbach bis zur Nordsee wird dort in informativer Weise dargestellt. Da der Rundgang durch einen Unterwassertunnel in einem Bassin führt, fühlten wir uns schnell den gezeigten Wasserbewohnern verwandt.

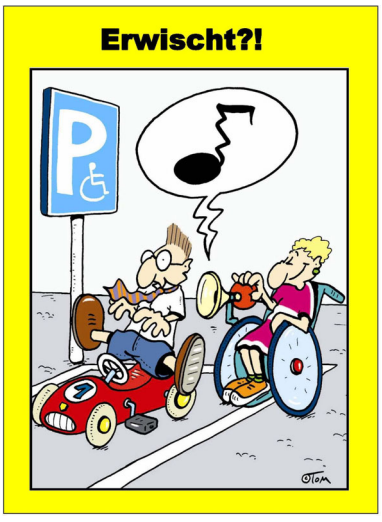
Dass es den Käpt’n IGLO und den Alaska-Seelachs gar nicht gibt, hatten wir uns ja schon gedacht. Dass aber die Dorscharten Pollack und Köhler durch den industriellen Fang für die Fischstäbchen auch vor dem Ausrotten stehen, stimmte uns nachdenklich. Nachhaltigkeit in der Lebensmittelproduktion wäre auch mal ein Thema in den Diskussionen der SPD 60 plus.

Die Heimfahrt im Bus ging durch den Nieselregen im Schwarzwald. Zum Abschluss wurde eingekehrt. Um dem Wirt die Vorbereitung zu erleichtern, haben wir unsere Bestellungen vorab telefonisch von der Strecke aus durchgegeben. Favorit bei den Teilnehmern war der Wurstsalat. Ein Fischgericht wurde an dem Tag nicht mehr geordert. Die Stuttgarter Seniorinnen und Senioren wünschen allen anderen AG60+ im Lande für den Sommer trockene Ausflüge und genauso viel Spaß, wie wir gehabt haben.

Wieder im Trockenen
Doris und Peter Steinhilber
Kreisvorsitzender SPD 60 plus Stuttgart

GELBE KARTE FÜR FALSCHPARKER

Der Bundesverband Selbsthilfe Körperbehinderter (BSK) hat eine Karte gestaltet, die Falschparker auf Behindertenparkplätzen freundlich, aber nachdrücklich ermahnt.



Mit einem witzigen aber eindeutigen Cartoon von TAZ-Karikaturist TOM werden Falschparker ermahnt. Die Polizei hat übrigens weniger Verständnis für dieses Fehlverhalten und belangt Verkehrssünder mit einem Bußgeld und hohen Abschleppkosten.

„Wir appellieren an die Vernunft der Verkehrsteilnehmer, die Behindertenparkplätze für betroffene Menschen mit einer entsprechenden Parkberechtigung freizuhalten“, betont Ulf-D. Schwarz, Geschäftsstellenleiter beim BSK.

Gegen Einsendung eines mit 90 Cent frankierten und adressierten Briefumschlages können 10 Kärtchen (kostenlos) beim BSK e.V., Postfach 20, 74238 Krautheim, bestellt werden.

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Landesverband Baden-Württemberg

Redaktionsanschrift
Wilhelmsplatz 10, 70182 Stuttgart
Tel. 0711/61936-0
Fax 0711/61936-20

Internet SPD: http://www.spd-bw.de,
Internet SPD 60plus: http://spd60plus-bw.de

Redaktion: Lothar Binding MdB, Dr. Gudrun Igel-Mann
Layout: Dr. Gudrun Igel-Mann

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht aber (unbedingt) die Meinung der Redaktion wieder.

Bilder: Dr. Gudrun Igel-Mann, Sieghart Brenner, Peter Steinhilber